www.oeko.de

Gefördert durch:
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Kurz-Dokumentation: 2. Reflexions-Workshop PlanTieFEn mit der Referenzgruppe Bayern

Projekt PlanTieFEn (BMWK-FKZ: 03E15238A)

Freiburg, 25.03.2025

Autorinnen und Autoren

Dr. Melanie Mbah, Ryan Kelly, Ann-Kathrin Weith,
Dr. Marion Wingenbach, Prof. Dr. Dierk Bauknecht – Öko-Institut e.V.

Prof. Dr. Ingo Uhlig, Annika Weber – IKEM

Sarah Friese – ILS

Kontakt
info@oeko.de
www.oeko.de

Geschäftsstelle Freiburg
Postfach 17 71
79017 Freiburg

Hausadresse
Merzhauser Straße 173
79100 Freiburg
Telefon +49 761 45295-0

Büro Berlin
Borkumstraße 2
13189 Berlin
Telefon +49 30 405085-0

Büro Darmstadt
Rheinstraße 95
64295 Darmstadt
Telefon +49 6151 8191-0

Partner

Vorstellungsrunde und inhaltlicher Rückblick

Der Teilnehmer*innenkreis des zweiten Reflexions-Workshops mit der Referenzgruppe Bayern setzte sich – neben den Projektmitarbeiter*innen – aus politischen und aus der Verwaltung stammenden Vertreter*innen Bayerns wie auch den Modellregionen zusammen. Auf die Vorstellungsrunde der Teilnehmenden folgte ein kurzes Recap zu den Zielen und des Designs des Projekts. Anschließend wurden Zwischenergebnisse aus den unterschiedlichen Modellregionen vorgestellt. Die Präsentationfolien finden Sie unter: https://www.plantiefen.de/publikationen.

Diskussion zur Co-Mapping-Methode

Mehrere Teilnehmende betonten, dass gerade in Zusammenhang mit der Frage der ökonomischen Beteiligung eine hohe Windhöffigkeit für Wind-Energieanlagen besonders relevant sei. Daher solle ein neues kulturelles Narrativ die Verbindung von hohen Potenzialen und sinnvollen Standorten stärken und nicht das mögliche Konfliktpotential erörtern. Es sei eine gemeinsame Aufgabe, neue Narrative zu erzeugen, um Beteiligung und Identitäten zu vereinen. Auch wurde darauf hingewiesen, dass die Menschen vor Ort oft weiter seien, als Regionalplaner*innen und Wissenschaftler*innen annehmen würden. Gleichzeitig bestünden starke lokale Unterschiede in den Wahrnehmungen der Menschen.

Ein weiteres Thema, das debattiert wurde, bildete der Grad der **Partizipation** der Bevölkerung an Planungsprozessen und insgesamt die Lage der **Demokratie**. Während einerseits für eine stärkere Durchsetzung der planerischen Festlegungen gegenüber der Bevölkerung argumentiert und Widerstand im Ruhrgebiet als extrem lokal und selektiv beschrieben wurde, war andererseits von einer Krise der repräsentativen Demokratie insgesamt im Planungsverfahren die Rede. Vor allem in ländlichen Gebieten würden die Menschen planerische Entscheidungen nicht anerkennen und nach eigenen Vorstellungen agieren. Teilweise sei dies mit anti-staatliche und rechten Grundhaltungen verbunden. Es wurde von kleinräumigem, aber teilweise sehr starkem Widerstand berichtet, der die Diskussion völlig dominieren könne (bspw. Brandlegungen in WEA in Bayern). Es werde hoher Druck auf lokale Politiker*innen ausgeübt, dem Narrative nicht standhalten könnten.

Erfahrungen aus Bayern und Übertragbarkeit der Ergebnisse

Die Teilnehmenden informierten sich gegenseitig über die Ausgestaltung der Planung in den Bundesländern in Abhängigkeit der jeweiligen Landespolitik. Während demnach im Hochschwarzwald bspw. eine Planungsoffensive gestartet worden sei, um die politischen Ziele schnell umzusetzen, habe es in Vorpommern lange keine politische Entscheidung zu den Flächenzielen gegeben. Ein fehlender politischer Diskurs über verbindliche Ziele führe demnach zu weniger Druck in der Umsetzung. Bayerische Akteure dagegen berichteten, dass der Umgang mit EE-Anlagen in Bayern eine politische Strukturfrage sei: So sollten die Windanlagen in Franken (Nord-Bayern) und die PV-Anlagen im Süden Bayerns installiert werden. Es sei eine Chance, dass in den Regionen München und Oberbayern Begriffe der Positivplanung geführt werden, im Gegensatz zu Gesamtbayern. Insgesamt wünschten sich alle Teilnehmenden eine höhere **Planungssicherheit**.

Außerdem sei eine positive Identifikation mit dem Thema notwendig, die es in der bayerischen Politik auf Staats- und Regierungsebene im Moment nicht gebe. Auf der Planungs-Ebene dagegen

herrsche Klarheit über das 1,1%-Ziel, allerdings sei ein Nord-Süd-Gefälle vorhanden: Der Norden Bayerns könne die Ziele im Vergleich zum Süden klar erreichen, erwarte allerdings teilweise Ausgleichsleistungen für die „Last der Energiewende“. Es könne zu Konflikten zwischen den Regionen kommen, die Staatskanzlei habe eine abwartende Haltung und würde auf bundespolitische Veränderungen hoffen. Zwischen den Teilnehmenden entstand erneut eine Debatte darüber, inwiefern die Bevölkerung einbezogen werden sollte. Während einerseits favorisiert wurde, keine politischen Haltungen zu berücksichtigen und keine Beeinflussung der Planung der Flächenkulisse durch lokale Anwohnende zu ermöglichen, da dies nur eine **Kompensationsdebatte** erzeugen würde, plädierten andere dafür, dass lokale Unterschiede zu erkennen und auch zu berücksichtigen seien. **Gerechtigkeit** sei ein deutschlandweit bedeutsamer Begriff im Diskurs um EE-Anlagen.

Diskussion zur Integration kultureller Aspekte

Im Ruhrgebiet gebe es das Ruhrparlament, einen Regionalrat, der direkt gewählt werde und dessen Strategie es sei, grünste Energieregion der Welt zu werden. Es gebe ein starkes Bekenntnis zur Identität als Energieregion und zu Energieinfrastrukturen, sowie eine ausgeprägte Wettbewerbsorientierung. Flächenpolitisch und energiepolitisch solle der Status beibehalten werden, der durch die Dekarbonisierung teilweise verloren gehe. Bürger*innenräte seien zwar modern, aber würden nicht der Partizipations- und Beteiligungskultur in Deutschland und den demokratischen Verfahren entsprechen.

Weiterhin wurde diskutiert, inwiefern eine höhere **Akzeptanz** von Windenergie in Schleswig-Holstein als in Mecklenburg-Vorpommern (MV), aufgrund regionaler Investor*innen für Windkraft gegeben sei. In MV fehle das Vertrauen. Eine Stellungnahme aus dem Projekt PlanTieFEn dazu, was hilfreich sei und Akzeptanz schaffe, könne unterstützend wirken. Auch könne bspw. ein von Projektierern finanzierter Förderverein helfen, gemeinwohlorientierte Projekte vor Ort umzusetzen. Zuletzt wurde diskutiert, ob kulturelle Unterschiede auf ganze Planungsregion zu beziehen seien. Im Hochschwarzwald gebe es zwischen kommunaler Ablehnung und Akzeptanz nahtlose Übergänge. Es sei eher eine Haltung als Kultur, bzw. auch das Selbstverständnis von Gemeinden, welches sich kleinräumig sehr unterscheiden kann. Der Begriff Kultur wurde teilweise kritisch gesehen. Insgesamt wurde festgehalten, dass sich Dezentralität radikalisiere und an Bedeutung gewinne, während die politische Aushandlung rauer werde. Der Verlust demokratischer Ebenen müsse ernst genommen werden und weiter Anschluss hergestellt werden.

Diskussion zu den Produkten aus PlanTieFEn

Es wurde die Sichtung der Unterlagen der LENK empfohlen[1][2]. Häufig seien Bürgermeister*innen und Kommunen aufgrund der Menge an Informationen überfordert. Es sei ungewiss, ob ein Leitfaden das richtige Medium oder Instrument sei, um hier zu unterstützen. Allerdings bestand ein großer Wunsch, Informationen niedrigschwellig aufbereitet für Alle zugänglich zu machen. Es gebe ein Bedarf an Überblicks-Angeboten.

[1] https://www.energy4climate.nrw/fileadmin/Energiewirtschaft/Windenergie/leitfaden_wegweiser_zur_beteilungsvereinbarung_windenergienutzung_cr_nrwenergy4climate_0225.pdf

[2] https://www.energy4climate.nrw/energiewirtschaft/windenergie/akzeptanz-und-beteiligung-bei-windkraftanlagen

Es sei zu beobachten, dass aufgrund der neuen Möglichkeiten mit EE-Anlagen Geld zu verdienen und durch den Wegfall von Beschränkungen auf kommunal-rechtlicher Ebene Motivation für den Ausbau von EE-Anlagen auf kommunaler Ebene entstehe. In Teilen Bayerns gibt es auf Landkreisebene **Regionalwerke**, die von Kommunalpolitiker*innen aus eigenem Antrieb initiiert worden seien. Es sei eine effiziente Bündelung von Kompetenzen und Energieprojekten, Politiker*innen und regionalen Energieversorgern (u.a. auch Ausschreibung von regionalen Flächen etc.). Es entstand eine Diskussion darüber, ob Regionalwerke auch in Vorpommern, mit sehr großen Landkreisen und zu wenig Personal, einen Ausgleich für die bestehende Problematik bieten könnten. Außerdem wurde betont, dass nicht nur ländliche Räume, sondern auch Städte einen Teil der Energiewende mittragen müssten.

Des Weiteren wurde ein starker Wunsch nach Rechtsverbindlichkeit in Bayern geäußert. Abschließend wurde ein Feedback zum Projekt PlanTieFEn und dem Reflexions-Workshop eingeholt, das sehr positiv ausfiel.

Ausblick

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter: www.plantiefen.de